

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 133 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

Bezugspreis: 1/2 Mark und Post monatlich RM. 1,25, vierteljährlich RM. 3,75 von Bonn
Morgen-Ausgabe Freitag, 21. März
Anzeigenpreis: 2000 Zeichen in 10 Zeilen, 10 Tage, 1/2 Mark, 1000 Zeichen in 10 Zeilen, 10 Tage, 1/4 Mark

Annahme der vorläufigen preußischen Verfassung

Preußenparlament

Berlin, 20. März.

Beginn der Sitzung 8 Uhr.
Der Gesetzentwurf über die Gewährung einer 25% Erhöhung der Reichssteuer für die Provinz Sachsen während der Zeit der Kriegführung in erster Lesung erledigt und in zweiter Lesung angenommen.
Die Weiterberatung der Rotverfassung wird fortgesetzt.

Abg. Oser (Dem.): Da die Gesamtheit bei der Landesversammlung selbst ist, so ist es auch überlegen, daß sie den Ministerpräsidenten wählt, der dann die übrigen Mitglieder des Kabinetts ernannt (Wahl). Die Rotverfassung wird möglichst schnell unter Dach und Fach kommen. Draußen im Lande nimmt man an dem, was hier geschieht, nur mäßigen Anteil. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Man erwartet, daß mit größter Befriedigung an die Stelle der vorläufigen Regierung, die über zweifelhafte Legitimation der Landtage ist verbannt, daß die frühere Regierung am 9. November von den ihr zu Gebote stehenden Möglichkeiten nicht den schärfsten Gebrauch gemacht hat, eine definitive tritt. Dielem Zweck ist auch unter Antrag dienen. Dem Sinn des parlamentarischen Systems entspricht es, daß für die Regierung aus der Mehrheit die besten Persönlichkeiten genommen werden, deren Zusammenarbeiten eine homogene Regierung verbürgt. Diese muß die Möglichkeit haben, den Landtag aufzulösen, wenn er allen Angelegenheiten nicht mehr dem Wunsch der Mehrheit des Volkes entspricht. (Groll föhrt!) Der Landtagspräsident könnte aber z. B. aus Furcht, als Präsident nicht wieder gewählt zu werden, die notwendig gemachten Auflösung zu vermeiden lassen. (Groll föhrt!) Bisherlich wird er sogar als Abgeordneter nicht wieder gewählt. Die Einzelstaaten haben seit Ende November ihren Willen bei verschiedenen Gelegenheiten mit äußerster Bestimmtheit durchgesetzt; Preußen ist aber als Einzelstaat in dieser Zeit überhaupt nicht hervorgetreten, dieser Zustand muß beendet werden.

Abg. Dr. Am Schönlank (Str.): Auch wir behalten die Frage des Staatsoberhauptes noch weiterer Prüfung vor. Für die Rotverfassung genügt die vorgeschlagene Regelung.

Abg. Dr. Lehmann (D.): Ich bin für einen Staatspräsidenten, der die Regierung ernannt.

Abg. Brauns (Soz.): Wir wollen ein einheitliches Deutschland haben. Diejenige Idealvorstellung übertrifft die Einigung von Staatspräsidenten in den Einzelstaaten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Ich lehne den Staatspräsidenten ab. Auch der Antrag der Demokraten lehnen wir ab, denn er ist eine Interim, durch die der Staatspräsident herbeigeführt kann. Unter Annehmung aller Anträge wird darauf § 8 in der Fassung des Entwurfs (Beratung der Regierung durch den Bundesrat) der Landesversammlung, angetragenen.

Abg. Dr. Lehmann (D.): Ich lehne die Änderungen mit einem von dem Abg. Dr. von Kries (Dn.) befristeten Zusatz, durch den die Schlichtung und förmliche Beratung des Landtages ausgeschlossen wird, annehmen.

Abg. Deereberg (Dn.): Wir dürfen die Verordnungen der Regierung nicht ohne weiteres inkorporieren, sondern müssen sie gründlich nachprüfen. Sie sind weit davon entfernt, in dieser Frage irgendwelche Kompromisse zu machen, nicht aus gänzlichlicher Opposition, aber zur Wahrung unserer parlamentarischen Selbstbestimmung und der (Laden föhrt.) Was die Herren in der Kammer ansetzen können, in der Praxis aber sehr nichtig sind. Wir sind nicht in der Lage, der Regierung während ihrer fünfjährigen Regierungszeit Ansehen zu erteilen.

Ministerpräsident Dittus: Wir leben nicht in normalen Zeiten, deshalb hat niemand das Recht, der Regierung wenn irgend, aus drinnenher Vorwürfe entgegenzusetzen. Der Vorwurf, einen Vorwurf zu machen, die Revolution ist nun einmal eine Tatsache, mit der zu rechnen ist. Die Regierung ist der Meinung, daß sie dem Wunsch des Volkes in weitestem Maße entsprechen hat. Die Regierung hat die Befugnis, hier demokratischen Verordnungen nicht zu erfüllen, sie selbst kann nichts schlechter, als eine Ausnahme über diese Angelegenheit, in der Überzeugung sein zu können, was sie ganz klar der Sache entsprechend tun könnte. (Beifall.)

Abg. Dr. Lehmann (D.): Die ursprünglichen Verordnungen zu erfüllen, was natürlich die Regierung beabsichtigt, nachdem aber die Landesversammlung einberufen war, dürfte sie uns nicht mehr vorziehen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Die Verordnungen wurden erlassen, um autonome stehenden Fortkünden abzuhandeln.

Abg. Dr. v. Kries (Dn.): Ich nehme an, daß das Rotverordnungsrecht auf Ministerien beschränkt ist, mit der Ausnahme der öffentlichen Sicherheit oder der Bekämpfung des Notstandes. Es wäre aber denkbar, daß auch finanzielle Fragen in das Rotverordnungsrecht einbezogen werden könnten, was die Mehrheit in der Kammer fragen, ob es nicht anzunehmen, ihre Ansicht nicht in der Kammer in dieser Angelegenheit einbezogen.

berordnungsrecht einbezogen. Im einen konkreten Fall zu nennen: Es kann nicht ohne weiteres als ausgeschlossen erachtet werden, daß die Frage der Übernahme der preußischen Eisenbahn auf das Reich in einem Augenblick, wo die verfassunggebende Nationalversammlung nicht zusammen ist, im Wege der Rotverordnung geregelt werden könnte. Meine politischen Freunde sind der Auffassung, daß eine solche Regelung nur im Wege der freien Vereinbarung zwischen Preußen und dem Reich erfolgen kann und zwar auch nur einseitig für alle Kriegsanlässe.

Ministerpräsident Dittus: Das ist auch unsere Auffassung. Es sprechen zunächst Verhandlungen, die eine neue aller Staatsbürgern auf das Reich. Das soll zu einem bestimmten Termin in dem Wege des Vertrages geschehen. Ist das nicht durchführbar, dann wird die Regelung im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wobei die finanzielle Seite der Sache einen unparteiischen Schiedsgericht übertragen werden wird.

Abg. Oser (Dn.): Das ist eine so wichtige Erklärung, daß wir uns vorbehalten, später auf sie zurückzukommen. Der Reich der Vorlage wird unter Ablehnung aller Anträge angenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Ich habe keine Partei wegen der Ablehnung des Rotverordnungsrechts die Vorlage stimmen werde. Der Entwurf wird in dritter Beratung und in der Gesamtabstimmung nach den Wünschen der speziellen Lesung mit der Mehrheit angenommen, daß die Sozialistischen Mitglieder der früheren Kammer fünfzig drei evangelischen Ministern zustimmen sollen.

Ministerpräsident Dittus: Nach Annahme der vorläufigen Verfassung erkläre ich namens der Regierung, daß wir unsere Bemühungen um die Landesversammlung zurückziehen. Die Kammer fortzuführen, bis ich in der Lage bin, eine neue Regierung zu berufen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Anfrage über die Beziehungen auf Abtrennung von preußischen Landesstellen. Schluß 3 Uhr.

Verfassungsausschußung

Weimar, 20. März.

Der Verfassungsausschuß setzte heute vormittag die Beratung des Artikels 15 fort.

Abg. Dr. Lauer (Soz.) führte aus, daß gegenwärtig der reine Unitarismus nicht durchführbar sei. Man müßte aber diesen Zweck möglichst nachkommen durch Stärkung der Wirtschaft und Übertragung der Staaten nach den Wünschen der Bevölkerung. Industrielle Unternehmungen müßten die Neuentwicklung des Reichsgebietes. Ähnliches bemerke man in Süddeutschland. Preußen habe nicht immer nach dem großdeutschen Gedanken gehandelt und es sei zum Beispiel für die Erweiterung der Reichsgebietes nur sehr schwer zu haben gewesen. Die Auffteilung in zu viele Staaten sei nicht bedenklich. Es könnten etwa ein westpreussischer, ein ostpreussischer und ein ober mitteldeutsches Gebiete als Selbstverwaltungskörper in Frage kommen.

Abg. Dr. Lauer (Soz.) bemerkte, Preußen wolle im Reich ausgehen, aber sich nicht über die Grenzen für das Reich durch wirtschaftliche Projekte zu brechen lassen.

Der bairische Bevollmächtigte Dr. v. Brauer erklärte, alle Änderungen der Staaten müßten freiwillig geschehen, besonders unter Zustimmung des betreffenden Staates. Einen Antrag durch Reichsbescheid lehne die bayerische Regierung ab.

Abg. Rahmann (Soz.) stimmte dem bei, hielt aber in der Aufteilung Preußens das Bestehen einer absehbaren Bahn. Diese Lösungsbereitungen hätten einen metallischen Charakter. Man wolle nicht mehr an den Besten Preußens mittragen.

Der bairische Vertreter von Bielefeld bemerkte, die Aufteilung Preußens sei nicht mehr eine preussische, sondern Reichsangelegenheit. Die bairische Regierung sei nicht parteilich, halte aber noch an dem durchschätzlichen Charakter des Reichs fest.

Ueber den zu Artikel 15 gezeigten Antrag Rahmann wegen des Anschließens Deutschlands soll morgen in Verfassungsausschuß verhandelt werden.

Immer weitere Sozialisierung!

Berlin, 20. März.

Das Kabinett hat in seiner Sitzung vom 19. März beschlossen, das Reichsamt für die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten zu beschleunigen, die Sozialversicherung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen herbeiführen soll. Dieser Beschluß steht im Einklang mit dem Gesetz über die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, den die Sozialversicherungs-Kommission ausgearbeitet hat. Die von ihr dort angeführten Wirtschaftskräfte, insbesondere die Gas- und Wasserwerke (Trägerorganisation), die Beschaffung von Rohstoffen, die notwendige Sicherstellung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, müssen nach dem Sinne der Ministerien der Gas- und Wasserwerke und der Elektrizitätswerke, auch über die Sozialversicherungsanstalten für die Gemeinden in Betracht zu ziehen, um so den Sozialversicherungswesen zu ermöglichen, sich selbst zu verwalten und zu verwalten.

Ein Kompromiß mit den Seeleuten?

Hamburg, 20. März.

Die Verfassung des Seemannsbundes in Hamburg war auch von vielen Nichtseeleuten besucht. Viele Mitglieder des Seemannsbundes sind zur Ausfahrt bereit. Heutige nochmalige Verhandlungen mit dem Seemannsbund durch die Regierung hat sich aber auf der Basis des mit den Transportarbeiten getroffenen Abkommens, welche letztere arbeitswillig sind, abgelehnt. In Betrachtungen sind die Bemerkungen der Schiffe ausfahrtsbereit. Die heutigen Verhandlungen laufen auf eine Vermittlung hinaus. Die Führer des Seemannsbundes schlagen vor: 1. Die Leute verzichten, auf dem Schiffen zu bleiben, auf deren Truppen transportiert werden; 2. Die Entente soll sich verpflichten, auf den reinen Passagierschiffen 50 Prozent der deutschen Besatzung zu stellen. Es ist zweifelhaft, ob die Entente sich auf diesen Vorschlag einlassen wird, ebenso, ob die Verfassung des Seemannsbundes diese Vorschläge ihrer Führer annimmt. Es kann also nicht das ganze Schiffbesatzungs- und Lebensmittellieferanten in die Hände gehen, wenn sich eine einzelne Arbeiterkategorie weiterhin anmaßt, das Interesse der ganzen Bevölkerung auf einseitiger Interessenspolitik beruht zu beeinflussen.

Im dem Beschluß der Seemannsversammlung wird mitgeteilt, daß die von Seemannsbund einberufene Verammlung nicht ausschließlich von Seeleuten, sondern auch von Arbeitern anderer Berufe besucht war. Oben war das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft. Unter den an Bord der Schiffe befindlichen Seeleuten besteht jedenfalls eine starke Strömung gegen einen solchen Beschluß, der das ganze Ernährungssystem mit der Entente in eine Krise stürzen würde, denn die feindlichen Kräfte sind entschlossen, sich die Schiffe eventuell mit Gewalt zu holen, wobei dann aber auf Lebensmittellieferanten in absehbarer Zeit nicht zu rechnen wäre. Auch die nautischen und technischen Offiziersverbindungen sind, so schwer ihnen der Verlust der Schiffe fällt, von der Rotenpolitik der Ausfahrt überzeugt. Die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute haben sich bereit erklärt, eine genügende Anzahl Seeleute für die Besatzung der Schiffe zu stellen.

Das Verlangen der Hamburger Sozialisten ist mit ein Teil ihres Wunsches, Deutschland bereit zu gestalten, daß es nicht mehr infam ist, sich gegen ihre Produktionskräfte zu wehren, und nicht mit Unrecht wird hinter solche Kräfte zu stellen, die russische Hand bedeuten, der deutsche Sozialismus nur als Werkzeug dient. Der Wunsch der Reichsregierung, Lebensmittellieferanten müßte daher den Sozialisten nicht unangenehm sein. In dem kommenden Frühjahr sehen wir einen letzten Versuch, eine Durchsicht zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen hungern. Das ist das A und O der revolutionären Politik. Wären unsere Verhältnisse dafür offen, daß wir etwas zu offen bekommen. Wären aber auch die Arbeiter oder Berufe zu kennen, daß die Selbstverpflichtungspolitik des Sozialismus nur seiner unangenehmen Freunde die gefährliche Freund ist.

Am Anfang an die am Mittwoch abgehaltene Verammlung des Deutschen Seemannsbundes fand heute auf dem „Imperator“ eine Zusammenkunft der für die Schiffe der Hamburg-Amerikanische Transporter und auf diesen bereits Dienst tuernden Seeleuten statt, in der beschlossen wurde, nach Möglichkeit geschlossen an der vom Seemannsbund für Freitag einberufenen Verammlung zu der auch Vertreter der Regierung geladen worden sind, teilzunehmen. Die Dampfer „Gleiwitz“ und „Patricia“, deren Ausreise für heute in Aussicht genommen war, konnten nicht auslaufen, da die Decker und Trimmer der Dampfer erst den Beschluß der morgigen Verammlung abwarten wollen.

In einer Bekanntmachung wendet sich die sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftsamt, die Kommandantur des Soldatenrats und der Kommandant von Groß-Hamburg an die Seeleute, sich der unangehörigen Verammlung zur Hilfe bei der Erhebung des ganzen Volkes bemüht zu sein und die Schiffe herbeizubringen. Die Sicherheitsmaßnahmen und Truppen Groß-Hamburgs können zum Schutz der Seeleute bereit, wenn unvernünftige Elemente die Lebensmittellieferanten mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollen.

Es haben sich nunmehr genügend Seeleute bereit finden lassen, sich auf den Schiffen der Sapag anzureihen zu lassen, so daß zwei Dampfer der ersten Staffel vollbesetzt sind. Es sind die Dampfer „Patricia“ und „Gleiwitz“. Die Schiffe sollen um 4 Uhr nachmittags den Hamburger Hafen verlassen. Es ist aber noch ungewiß, ob

Die Mannschaften in den vorerwähnten Fällen von der Entlassung der deutschen Schiffe heruntergenommen und gütlich abgefunden werden. Die Mannschaften sind jedenfalls auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden.

Der Polen-Konflikt

Der Abbruch in Warschau, Deutschlands Schuld?

In der Note, die Reichsminister Waulens dem Reichstag über den Abbruch der Verhandlungen mitteilte, heißt es unter anderem: Die deutsche Regierung hat die Lösung schon zu lange hinausgeschoben. Sie ist zu verschiedenen Malen zurückgekommen auf die Bedingungen, welche ohne Schwierigkeiten von ihrer Delegation angenommen worden waren. Sie hat auch ihre Delegation unter dem Vorwand zurückgezogen, mit ihnen zu beraten, und hat sie dann ohne genügende Begründung zurückgeschickt. Die deutsche Oberste Exekutive hat ihrerseits die Dinge kompliziert dadurch, daß sie ihren zuhausegebliebenen, den Generalen von Demmer, unter anderem auch die Abnahme eines Protokolls, welches unter ihrer Mitwirkung erlassen wurde, war. Die militärischen Behörden scheinen es demnach abgesehen, mit der Zivilmacht einig zu werden. Die internationalisierte Kommission kann sich nicht länger auf eine Taktik berufen, welche die Pflicht durchbricht, welche die Verpflichtungen aus dem Artikel 1 des Waffenstillstandsabkommens vom 16. Februar 1919 erheben. Sie betrachtet daher ihre Mission als beendet und wird Polen heute abend verlassen. Die polnische Regierung ist benachteiligt und wird im Benehmen mit Gurrer Gesandten alle Maßnahmen, welche die Vorteile der deutschen Delegation von heute ab ermöglichen.

Von ausländischer amtlicher Seite wird hierzu bemerkt: Diese Note des Reichsministers Waulens geht um den eigentlichen Kernpunkt herum. Soll die deutsche Regierung dadurch, daß sie von vornherein den Gegnern die Mehrheit in der Oberkommission zugehend, die unbillige Entscheidung über das persönliche Schicksal der Deutschen und Polen restlos in die Hände der Alliierten legen? Das dürfte die deutsche Regierung nicht! Deshalb blieb sie bei diesem Vorschlag und wies ihre Unterhändler in allen wichtigen Fragen freie Hand lassen, streng an in diesem einzigen Punkte auf jede Gefahr hin fest zu bleiben.

Polen und die Entente

Die erste Teilung des Obersten Rates war der Erfüllung der Lage in Galizien gewidmet. Der Rat hörte von der Kommission für polnische Angelegenheiten einverständliche Berichte. Auf dem Rat wurde die polnische Delegation von Polen keine ihrer unannehmlichen Bedingungen unter gleichzeitiger Ansetzung an das Nationalitätsprinzip als Lebensbedingung. Auf seine Unabhängigkeit zu verzichten, habe Polen einen freien Zugang zum Meer zu beanspruchen. Unter diesen Umständen aber ist es unmöglich, Polen ihre fremden Elemente einzuweihen. Das Protokoll der Kommission, das im ganzen genommen die Grenzen Polens weiter dehnt, als die von 1772, hemmt den Polen einen Zugang zum Baltischen Meer, bei dem ein einziger Kanal längs der Weichsel aufammenhängend geodet ist. In Warschau wird eine Volksabstimmung abgehalten werden müssen.

Am Donnerstag findet keine Sitzung des Obersten Rates statt, wohl aber verhandelt sich die Regierung über die Revision. Am Freitag findet eine neue Sitzung des Obersten Rates statt, in deren Verlauf die polnische Delegation berichtet werden und die Anordnungen der polnischen Divisionen zur Sprache kommen soll. Am Samstag wird auch die polnische Delegation der neuen Weichselmündungsbedingungen, zugleich mit der Frage, ob Massenstillstand oder Präliminarfrieden, endgültig geregelt werden.

Die Einnahme Lembergs vereitelt

Nach dem polnischen Generalkommando gelang den Polen die Herstellung einer Verbindung mit ihren bei Lemberg und Brodoff kämpfenden Truppen, so daß die von den Ukrainern beschlossene Einnahme Lembergs vereitelt erscheint.

Drohender Streik der Gruben- und Fabrikbeamten

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Die Kohlenbewegung unter den Angehörigen, die in dem Deutschen Gruben- und Fabrikbeamten-Berbande organisiert sind, hat zu einem Minimum geführt, daß der Verband dem Besonderen beistellt. Er verlangt die sofortige Durchführung des zwischen dem Besonderen und dem Angestelltenorganisationen abgeschlossenen Kollektivvertrages vom 23. Januar 1919, dem der Einkommenregelung, die zwischen der Direktion und den Angestelltenverhältnissen vereinbart worden ist. Für die Annahme dieser Forderungen hat der Verband eine Frist bis nächsten Sonntag 4 Uhr gestellt und angekündigt, im Falle der Ablehnung oder Nichtbeantwortung der Forderungen heute in den Streik zu treten.

Die Angehörigen der Deutschen Kommunal-Verwaltungsgewerkschaft und des Angelerverbandes haben gestern abend in einer Versammlung einen Bescheid aufgestellt, der innerhalb dreier Tage von der Direktion der beiden Verbände angenommen werden soll, anderenfalls gestreikt wird.

Als Folge des streikenden Gruben- und Fabrikarbeiters hat die Direktion des Besonderen Verbände in der Sache eine Reihe von Betrieben stillgelegt werden, weil die Besondere für die Ausführung unzureichend war. Auch an einem der alten Kohlen ergaben sich durch den Streik Schwierigkeiten.

An den Rheinischen Stahlwerken Duisburg-Grüch ist bereits ein Kohlen- und Eisenmagazin. Der Schaden beträgt eine Million Mark.

Neue Handelsbeziehungen mit England

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Das Amt einer Mitteilung des Daily Telegraph wird eine englische Parliamentskommission, an der auch Arbeiter-Vertreter teilnehmen, nach Deutschland abreisen, um die Wirtschaftslage hier zu prüfen. Der Handel mit Deutschland soll sobald wie möglich aufgenommen werden.

Rückkehr Schwerwundeter

Die „Kön. An.“ meldet: Gestern mittag traf auf dem Dampfer „König“ ein weiterer englischer Lazarettzug ein. Sie wurden in zwei deutschen Lazarettzügen nach Hannover und Göttingen weitergeführt.

Der Gipfel der Niedertracht!

Das „Volksblatt“ am Schandspahl!

Die Landesräger waren noch nicht in Halle, da konnte sich das hiesige „Volksblatt“ schon gar nicht genug darin tun, die „unabhängigen“ Arbeiterklasse gegen die Ordnungstruppen der Regierung aufzuhetzen, indem von letzteren erzählt wurde, sie haben geplündert und gehetzt wie wilde Gorden. Und nachdem die Landesräger dann in Halle die Ruhe, Ordnung und Sicherheit wiederhergestellt und somit dem Anhang des „Volksblattes“ das Einfließen der Schaulustler und das Ausplündern der Geldbörsen unmöglich gemacht hatten, da vernahm fast kein Laie, an dem das Spornatubelnd die sich aufwidernden braunen Landesräger nicht mit einer ganzen Fülle von gefessenen Verleumdungen überhäufte. Der Gipfel der Niedertracht aber hat es damit erklommen, daß es einen gefälligen Auszug aus einem Sitzungsprotokoll des Soldatenrates in Weimar wiederbrachte, der den Stempel der Lüge ganz offensichtlich an der Stirn trägt und dazu erklärt: „Dieses geradezu niederträchtliche Urteil über die moralischen Qualifikationen von Leuten, die seit Anfang März ein ungeschändliches Gemaltregiment in Halle aufgeführt und namentlich Unschuld über zahlreiche Familien gebracht haben, ist nicht unauflöslich.“ Der vom „Volksblatt“ veröffentlichte Auszug, auf den sich dieses Urteil bezieht, lautet:

„Sitzung am 14. Februar 1919 im Kasino des Soldatenrates. Anwesend außer dem General Maeder, Oberstl. v. Hüter

und ca. 10 Offiziere, sowie die drei Reichsanwaltschaftsmitglieder des Soldatenrates Weimar. Auf die vorgebrachten Beschwerden über die Aufführung der sogenannten Regimentsgruppen erwiderte General Maeder: Ich weiß sehr wohl, daß von 100 Mann, die ich einstelle, nur 20 Mann zu gebrauchen sind. Die übrigen sind Schwelgen und Streiber. Trotzdem erbitte ich in der Organisation meines Corps die Grundlage für unser zünftiges Volkstheater. Nur die eiserne Disziplin, die Wiedergeburt der Romanabgeleiht können zu dem geliebten Ziele führen.“

Jeder nur einigermaßen bei Sinnen befindliche Mensch muß sich fragen, daß ein Kommandeur sich nicht nur möglich ist über seine Truppen geübt haben kann, daß hier also eine ganz gemeine Fälschung vorliegen muß. Auch die Hintermänner des „Volksblattes“ müßten sich über die Unrechtheit ihres Handelns vollkommen im klaren gewesen sein. Trotzdem aber haben sie die Fälschung veröffentlicht und mit dem obigen beschränkten Urteil versehen. Ich kann diese Fälschung doch begreiflich, die schändlichen Mollatintakte aufzuklären und die „unabhängigen“ Arbeiter gegen die braunen Landesräger aufzuheben, um neue Narben und Strafenkübel heranzubekommen. Für wie unendlich borniert muß das „Volksblatt“ seine Leser halten, wenn es ihnen einen von derartigen Unfug hergeleiteten Strohhalm vorzusetzen magen darf! Was das „Volksblatt“ Sitzungsprotokoll des Weimarer Soldatenrates nennt, ist von diesem aufgesetzt und nur von diesem unterzeichnet worden, nachdem General Maeder ihn verbieten lassen abgesetzt hatte. Das Sitzungsprotokoll behauptet also einen hinterlistigen Prozeß gegen den General Maeder, der dies „Protokoll“ als Ergebnis von dessen Eristen Kenntnis, eine „infame Lüge“ nannte. Das General Maeder in Weimar in Weimar gefolgt habe, haben wir bereits gestern abend mitgeteilt. Um die „bodenlose Gemeinheit“ des Spornatubelndes, wie General Maeder den „Volksblatt“-Artikel in der geistlichen Presseferenz in gerechter Entrüstung sehr treffend kennzeichnete, in voller Klarheit herbertreten zu lassen, wollen wir die schriftlich formulierte Erklärung des Generals Maeder nochmals wiedergeben:

„Die mir zugehohene Behauptung ist entsetzlich und befragt gerade das Gegenstück von dem, was ich am 23. Januar brachste. Ich brachste nämlich in den Worten den Beweis, daß das freiwillige Landesregiment sich nur aus guten Elementen zusammensetzt und habe erklärt, daß von 100 Mann, die ich melde, nur 20 Mann in die Truppe eingestellt werden können.“

Das „Volksblatt“, das der bürgerlichen Presse häufig vorwirft, lügenhafte Artikel und Verdichte zu bringen, hat hier wieder einmal bewiesen, daß man bei anderen nur solche Bindlungen benutzen kann, die man selbst tagaus, tagein bringt. Er ist der größte Verleger des „Volksblattes“, das unter dem Schutze der Landesräger gegen nicht mehr möglich sind, die das „Volksblatt“ für einen in dieser Hinsicht von der „Qual des unredlichen Verleumdung“ sprechen liehen. Um solche Zustände in Halle aber für immer fernzuhalten, bemüht sich der General Maeder, das hiesige freiwillige Korps nur aus wehrfähigen Leuten zusammenzusetzen, um keine Truppe zu erhalten, die dem aus Verbrechen und Schwelgen zusammengesetzten „Eiderbittregiment“ des früheren Soldatenrates irgendwie ähnlich sieht. Es ist aber beschieden, daß sich auch in dieses freiwillige Korps, wie General Maeder mitteilt, ebenfalls Gefangen einbringen darf. Sollte auch über die Zurückweisung solcher Elemente das „Volksblatt“ vertritt, so ist der Verbrechen zu werden verdient auch, daß das „Volksblatt“ seine Fälschung nicht mit keiner Felle verdrängt hat, seine Leser also noch immer unter dem Eindruck des famolen „Sitzungsprotokolls“ und des perfiden Urteils des „Volksblattes“ über unsere Landesräger stehen. Der einzige Satz nannte das „Volksblatt“ die „schwerste Verleumdung“ ein „schamloses Verleumdungsbuch“. Wer aber könnte es angedacht der obigen Fälschung vermeiden, beim Lesen dieses Auszuges an das lügenhafte „Volksblatt“ selbst zu denken ... ?

Die Referendarin

Roman von Carl Haffke.

„Ein russisches Gesicht“, murmelte er noch einmal und nicht befriedigt, als hätte er nun, was er gesucht hatte. Es war inzwischen ganz dunkel geworden. Eine einzelne Laterne zog drüben in den See hinein ihre Lichtspur. Auf dem Schreibtisch leuchtete der weiche Briefbogen, den sich der Referendar für die berühmte Gräfin zurechtgelegt hatte. Aber er hatte nun keine rechte Lust mehr zum Schreiben.

Inzwischen klang es nach der Lampe. Die Lampe brachte jeden Tag eine andere Neugierde, zu seinem aufrechten Vergnügen. Und es war gar zu ruhig, wie die Stille in der Mutter nach einer: sie brachten sich und wisperten, daß es eine Lust war. Heute erschien Frau Feldweibel höchlichst: der Kammerdiener traf ihr verbindlich lächelndes frisches Gesicht und etwas von ihrem grauen, glatt anliegenden Haar.

Sie wollte sich nur mal erkundigen, ob auch alles so richtig und nach Wunsch wäre. „Man möchte doch, daß die Herren sich behagen.“

Und das ging trotz der fünfundsiebzig Jahre und der massigen Front unermüdetlich hin und her. „Wie ne Pachtel“, dachte Peter Körner, „mein, wie ne alte Frau, die wenig mehr dem Bienen madet.“

Er mußte lachen. Da es war alles gut, gar nichts anzusehen. Was die Frau Feldweibel denn nun zu dem Zimmer laze?

Er hatte eine Menge schöner Etüde aufgebaut, den Eden mit alten Waffen und Gebetsbüchern ihre Schärfe genommen, hohe alte Zinnkrüge von seltsamen Formen hatt der Photographen aufgestellt und dem Raum etwas von seinem eigenen Leben mitgeteilt.

Natürlich bewunderte Frau Feldweibel. Aber er wachte, doch sie ihre eigene Ausstattung schöner fand. Die alten Krüge wollte sie mit Wasserbecken blank stellen. Und dann hätte sie noch ein Mägen.

Da wurde sie plötzlich und flüchtete: es sei ja nur immer der Köcher ... da hinge ein Bild, gleich neben der

Zür ... das sei, fluf, fluf, doch ein wenig, fluf, unanständig.

„Das da?“ fragte Peter Körner erkaunt. Es war irgendeine Eva, von Bouguereau, etwas süß, aber berührt durch die Verkürzung des Beines. Nicht kein Gelbmad; die Dekoration eines Freundes, die er halt mit aufgehängt hatte.

„Aber beste Frau Feldweibel ... das ist doch sojungen eine Dame. Die kann doch auf ihre Töchter ... nee wichtig, das verliert ich nicht!“

Das Birgel madete stärker beim kläglichem Lachen. Die Augen gingen nach oben und unten — wie ne Kenne, die Wasser schlief! — „Ja, die jungen Herren ... fluf ... it auch nichts zu sagen. Wie die Welt heute mal ist! Aber meine Töchter sind noch so finstlich!“

Da drehte Peter Körner das Bild um. „Also schön — wie die jungen Gemüter!“ Die waere Frau wußt sich gerade zurückzucken, als ihm noch etwas einfiel. Ob Herr Birgel schon lange Stadtkreuzer sei? Nein! Und was man denn sonst noch ihm höre? Er hätte so ein merkwürdig interessantes Gesicht! Da war Frau Neunehrer in ihrem Fitt.

„Ach Gott, Herr Referendar ... man will ja nicht klagen. Immer bei den eigenen Tug. Ich legen, daß mein Geliger gerade. Der Birgel ist ja auch soeben in anständiger Mensch. Trinkt nicht, spielt nicht, läuft den Frauenleuten nicht nach. Aber er ist doch so lurdacht hinter der Sule Richter!“

Unwillkürlich pfiff Peter Körner. „So, ja“, nickt er. „sehen Sie mal an!“

„Jawoll doch! Will sie beraten, bestellt, steht ... die kennen sich ja ison von der Schulbank. Das ging schon früher ... meine Etüde war doch mit der Sule Richter in einer Klasse. Aber wenn sie doch nicht will? Herr Neus, es gibt doch noch andere Mädchen. Und bessere! Man will ja nicht klagen, aber sehr ordentlich und penibel ist die Sule ganz nicht. Ja, und dann will sie doch hinaus. Und immer mit den Referendaren ... die ganze Stadt läßt den Herren Birgel aus!“

Frau Feldweibel hatte die Hände über der Brust gefaltet und seufzte. Wenn so einer doch ihren Töchtern mal nachschle!

„Und die Referendarin“, sagte Peter Körner lachend, „haben also gleichsam das Britische, französische, belgische, das ist drollig. Die reichte Fakultätskommission.“

Ein Ungehörig wurde die Neugierde immer verlesen. Das mit der Fakultät leuchtete ihr nicht recht ein. Doch so ungarig begriff sie.

„Da steht mehr der Alte dahinter“, erwiderte sie. „Er ist doch auch so in Etüd Birgelsonst. Und da braucht er manchmal die Herren vom Gericht. Na, mich geht's nichts an. Wer andere Leute Suppe bläst ...“

Beinahe hätte der Referendar wieder gepfiffen. „Also aus der Sule guckst du“, dachte er. Mehr brauchte er nicht zu wissen.

Er sah, als Frau Feldweibel gegangen war, noch lange auf dem dunklen See hinaus.

Dieses war ihm nun klarer. Einen Ungehörig hatte er beinahe Mitleid empfunden. Als ob ein häßlicher Fled auf der Referendarin läge.

Aber nach allem, was er von Tante gehört, war sie selbst unerschrocken daran, wenn der Alte die Verleumdung seiner Tochter für seine Zweck ausnutzte.

Denn doch sie schon einen bezornant hätte oder gar mit Witz in ihre Rede gezogen, konnte niemand behaupten. Er selber wachte ja, daß sie einem das Geranommen nicht leicht madete.

Er lächelte. Ein wenig eitel. Es wäre hübsch, wenn ihm entläne, was den anderen nicht gelingen war. Der Sträber die Gräfin mit die Verleumdung — ausbrechen, sie ließ in die Krone nehmen, die Bekannte, ihnen, ihr mit heben Händen in den starken, wucheligen Knoten tragen —

Da schandte doch Lächeln. Peter Körner drehte sich zur Lampe zurück. Ein Pfiffen ... über seine Stirn. Das „russische“ Gesicht war ihm plötzlich in die eisten Zeilen gekommen. (Fortsetzung folgt.)

Halle und Umgebung

Der neue „Arbeiterraum“

Erste Sitzung

Der neue „Arbeiterraum“ hat sich nunmehr konstituiert. Die lange Arbeit, die sich ihm stellt, ist die Unabhängigkeit der Arbeiter von der Partei. In der ersten Sitzung, die am 17. Februar stattfand, wurden die Grundsätze der Arbeiterräte beschlossen. Die Arbeiterräte sollen die Interessen der Arbeiter vertreten und die Arbeiterräte sollen die Arbeiterräte sein. Die Arbeiterräte sollen die Arbeiterräte sein. Die Arbeiterräte sollen die Arbeiterräte sein.

Protest

Der bürgerlichen Partei haben die Arbeiter eine scharfe Antwort gegeben. Die Arbeiter haben die Arbeiterräte gegründet. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Wahl des Vorstandes

Die Wahl des Vorstandes der Arbeiterräte ist am 17. Februar erfolgt. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Der Antrag, die der kommende Freitag bringt, wird auch der Arbeiterräte mit zu helfen und zu bestimmen haben. Am Schluss seines Berichtes bietet er, wieder einen Arbeitsausgleich zu gründen, der von bisher pro Mann und Arbeitstag als Lohn 20 Mark erhalte. Von bürgerlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß man nicht erwarten könne, daß man sich in der Sache in Betracht - sehr langsam umgeben möge.

Gegen die Gültigkeit der Stadterordnetenwahlen

Die vielfache Verurteilung hatte sich gestern nachmittag in „Mars-la-Tour“ zum Protest gegen die Gültigkeit der letzten Stadterordnetenwahlen aufgeschlossen. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Der Antrag, die der kommende Freitag bringt, wird auch der Arbeiterräte mit zu helfen und zu bestimmen haben. Am Schluss seines Berichtes bietet er, wieder einen Arbeitsausgleich zu gründen, der von bisher pro Mann und Arbeitstag als Lohn 20 Mark erhalte.

Einprozentverklärungen

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Chaffi Arbeit!

Der Antrag, die der kommende Freitag bringt, wird auch der Arbeiterräte mit zu helfen und zu bestimmen haben. Am Schluss seines Berichtes bietet er, wieder einen Arbeitsausgleich zu gründen, der von bisher pro Mann und Arbeitstag als Lohn 20 Mark erhalte.

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Anmeldung des Besuchs an Arbeitsträger

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Klamm in Unterluchonshaff?

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Letzte Telegramme.

Also doch Reichseisenbahn!

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Beratung über den Völkerverbund

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Ein erfahrenerer Hochkapler gefaßt!

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.

Kaiser Karl geht in die Schweiz

Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der Arbeiter.